

742811-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Sanierung Rathaus
OJ S 237/2024 05/12/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Oebisfelde-Weferlingen

E-Mail: vergabe@stadt-oebisfelde-weferlingen.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer lokalen Gebietskörperschaft kontrollierte Einrichtung des öffentlichen Rechts

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Sanierung Rathaus

Beschreibung: Planungsleistungen - Objektplanung Gebäude und Innenräume gem. §§ 33 ff. HOAI

Kennung des Verfahrens: 97bb5219-f6b9-4043-b322-68192f204ba9

Interne Kennung: 2024-Oeb-001

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Oebisfelde-Weferlingen

Postleitzahl: 39646

Land, Gliederung (NUTS): Börde (DEE07)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Es gelten die Ergänzenden Vertragsbedingungen des Landes Sachsen-Anhalt zur Sicherung von Tariftreue, Sozialstandards und Wettbewerb bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Tariftreue- und Vergabegesetz Sachsen-Anhalt - TVergG LSA).

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB (Mit Insolvenz vergleichbares Verfahren)

Korruption: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 123 Abs. 1 Nr. 6 sowie Nr. 7 sowie Nr. 8 sowie Nr. 9 GWB (Bestechlichkeit, Vorteilsgewährung und Bestechung)

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 123 Abs. 1 Nr. 1 GWB (Bildung krimineller Vereinigungen)

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB (Wettbewerbsbeschränkende Vereinbarungen)

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 123 Abs. 4 S. 1 Nr. 1 GWB (Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen)

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 123 Abs. 1 Nr. 3 GWB (Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung)

Betrugsbekämpfung: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 123 Abs. 1 Nr. 4 sowie Nr. 5 GWB (Betrug oder Subventionsbetrug)

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 123 Abs. 1 Nr. 10 GWB (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit oder Ausbeutung)

Zahlungsunfähigkeit: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB (Zahlungsunfähigkeit)

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB (Verstöße gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen)

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB (Insolvenz)

Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB (Täuschung oder unzulässige Beeinflussung des Vergabeverfahrens)

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB (Interessenkonflikt)

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB (Wettbewerbsverzerrung wegen Vorbefassung)

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB (Schwere Verfehlung)

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB (Mangelhafte Erfüllung eines früheren öffentlichen Auftrags)

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB (Verstöße gegen sozialrechtliche Verpflichtungen)

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 123 Abs. 4 S. 1 Nr. 1 GWB (Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen)

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB (Einstellung der beruflichen Tätigkeit)
Entrichtung von Steuern: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 123 Abs. 4 S. 1 Nr. 1 GWB (Verstöße gegen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern oder Abgaben)
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 123 Abs. 1 Nr. 1 GWB (Bildung terroristischer Vereinigungen)
Rein innerstaatliche Ausschlussgründe: Eigenerklärung zum Nichtvorliegen des Ausschlussgrundes nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes, § 19 des Mindestlohngesetzes, § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes und § 22 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 2959) (Rein nationale Ausschlussgründe)

5. Los

5.1. Los: LOT-0000

Titel: Sanierung Rathaus

Beschreibung: Die Stadt Oebisfelde-Weferlingen plant die Sanierung des historischen und teilweise unter Denkmalschutz stehenden Rathauses der Stadt. Zu Bestandssituation: Das historische Rathaus der Stadt Oebisfelde besteht aus zwei Baukörpern. Der südliche Teil des zweigeschossigen Gebäudes ist spätmittelalterlich (vor 1500) und weist auf der Ostseite einen Renaissancegiebel auf. Auf der Westseite befindet sich auf diesem Gebäudeteil ein Dachtürmchen mit einer Glocke (1784). Im Inneren dieses Teils ist die spätgotische Ratsstube mit Kreuzgratgewölbe auf einem Mittelpfeiler und einem jetzt innen liegenden Portal erhalten. Der Giebel auf der Westseite wurde wahrscheinlich in der Zeit des Umbaus Ende des 19. Jahrhunderts verändert. Das Dachgeschoss ist nicht ausgebaut, unter diesem Gebäudeteil befindet sich ein Gewölbekeller. Östlich des älteren Gebäudeteils wurde Anfang der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts ein Erweiterungsbau als Flachbau errichtet. Dieser wird von einer Bruchsteinmauer, die auch den weiter östlich gelegenen Hof einschließt, umschlossen. Der ebenfalls zweigeschossige nördliche Gebäudeteil stammt aus dem 18. Jahrhundert und weist im Obergeschoss eine Fachwerkkonstruktion auf. Darüber befindet sich ein Mansarddach mit Krüppelwalm auf der Ostseite, die Westseite zeigt einen geraden Dachabschluss mit einem Staffelgiebel aus dem Ende des 19. Jahrhunderts. Das Dachgeschoss ist im Moment nicht ausgebaut. Der Gebäudeteil weist eine Teilunterkellerung (Heizungskeller) auf. Die Erschließung des Obergeschosses erfolgt durch eine zwischen beiden Gebäudeteilen liegende Freitreppe. Die Geschossebenen des Erd- und Obergeschosses sind in den beiden Gebäudeteilen unterschiedlich. Das gesamte Rathaus ist ein Einzeldenkmal. Zur Schadens- und Problemsituation: Im Zuge der Sanierung des Westgiebels 2013/14 wurden diverse Schäden an der Decken- und Dachkonstruktion über dem OG und im Bereich der Fachwerksfassaden entdeckt. Diese wurden durch ein Holzschutzgutachten detailliert untersucht und dokumentiert. Dabei zeigte sich, dass auch die Deckenbalken der Decke über dem EG schwerwiegende Holzschäden aufweisen. Auf Grund der Nutzungssituation konnten diese bisher nur im Bereich der Balkenköpfe erfasst werden. D.h. über den Schadensumfang der Decke über dem EG können i. M. keine verlässlichen Aussagen getroffen werden. Dazu ist eine Freilegung erforderlich. Darüber hinaus sind weitere Probleme und Mängel im Bereich der funktionalen Organisation, dem Brandschutz, dem Wärmeschutz, der Haustechnik offensichtlich. Zu den Sanierungsaufgaben: Auf Grund der entdeckten Schäden ergibt sich folgendes Minimalprogramm der Sanierung: Südtrakt Rückbau der gesamten Dacheindeckung /Neueindeckung Demontage und Sanierung des Glockenturms Sanierung der Decken- und

Dachkonstruktion Nordtrakt Rückbau der Dacheindeckung/Neueindeckung Rückbau der Dachkonstruktion und Neubau Rückbau/Sanierung der Deckenkonstruktion Freilegung der Gefache des Fachwerks, Instandsetzung des Fachwerks und Neuausmauerung der Gefache Freilegung der Decke über dem EG und Sanierung. Es ist absehbar, dass das Rathaus während der Sanierung nicht nutzbar ist. Auf Grund des Schadensumfangs werden alle Büroräume in Mitleidenschaft gezogen und es wird eine umfassende Renovierung und Teilerneuerungen (Fußböden, Wände, Decken, Haustechnik) erforderlich. Daher würde es sich in diesem Zusammenhang anbieten, weitere organisatorische und bautechnische Probleme und Mängel zu beheben. Diese ergeben sich aus: den aktuellen Nutzungsanforderungen der Brandschutz- und Fluchtwegesituation dem Wärmeschutz dem Stand der Haustechnik (Heizung, Elektro, EDV) Gegenstand dieser Ausschreibung ist die Vergabe von Grundleistungen sowie Besonderen Leistungen des Leistungsbildes Objektplanung Gebäude und Innenräume nach §§ 33 ff. HOAO 2021 in den LPH 1-9. Die Leistungen werden stufenweise sowie teilweise optional wie folgt vergeben: Stufe 1: LPH 1-4 (Grundleistungen fest beauftragt, Besondere Leistungen optional beauftragt) Stufe 2: LPH 5-7 (Grundleistungen sowie Besondere Leistungen optional beauftragt) Stufe 3: LPH 8+9 (Grundleistungen sowie Besondere Leistungen optional beauftragt) Parallel zu diesem Verfahren erfolgt die Ausschreibung sämtlicher Fachplanungsleistungen nach HOAI 2021 (europaweites Verfahren in mehreren Losen) sowie die nationale Ausschreibung der SiGeKo-Leistungen und des Brandschutzes.
Interne Kennung: LOT-0000

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Die Leistungen werden stufenweise sowie teilweise optional wie folgt vergeben: Stufe 1: LPH 1-4 (Grundleistungen fest beauftragt, Besondere Leistungen optional beauftragt) Stufe 2: LPH 5-7 (Grundleistungen sowie Besondere Leistungen optional beauftragt) Stufe 3: LPH 8+9 (Grundleistungen sowie Besondere Leistungen optional beauftragt)

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: Oebisfelde-Weferlingen

Postleitzahl: 39646

Land, Gliederung (NUTS): Börde (DEE07)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 12/05/2025

Enddatum der Laufzeit: 30/12/2027

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch
geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#Es handelt sich bei diesem
Projekt um eine durch das Land Sachsen-Anhalt und die Bundesrepublik Deutschland
geförderte Maßnahme im Rahmen des Landesförderprogramms "Förderung des Wachstums
und der nachhaltigen Erneuerung, Programmbereich Aufwertung" 2023 gemäß Erlass des
Ministeriums für Infrastruktur und Digitales (MID) vom 29.11.2023 über die
Programmaufnahme für die Städtebauförderung 2023.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Ohne die Erfüllung der Mindestanforderungen wird der
Bewerber/die Bewerbergemeinschaft vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Die
Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Erforderlich ist
die Qualifikation des Auftragnehmers gem. § 75 Abs. 1-3 VgV. • Eigenerklärung zur
Teilnahmeberechtigung nach § 75 Abs. 1-3 VgV Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist die
Unterlage durch die Bewerbergemeinschaft als solche einzureichen.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Ohne die Erfüllung der Mindestanforderungen wird der
Bewerber/die Bewerbergemeinschaft vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Jährlicher
Gesamtumsatz: Jährlicher Gesamtumsatz des Bewerbers/der Bewerbergemeinschaft in den
letzten 3 Geschäftsjahren von mind. 800.000,00 EUR (netto) je Geschäftsjahr
(Mindestanforderung). Der Umsatz der Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft wird addiert;
bzgl. der Mindestanforderung kommt es auf die Umsätze der Bewerbergemeinschaft
insgesamt an. Dieses Kriterium ist zugleich ein Auswahlkriterium, Gewichtungsfaktor 15.
Berufshaftpflichtversicherung: Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung mit folgenden
Spezifikationen: • mindestens 5,0 Mio. EUR je Verstoß für Personenschäden sowie •
mindestens 3,0 Mio. EUR je Verstoß für sonstige Schäden (Sachschäden und
Vermögensschäden). (jeweils Mindestanforderungen) Weitere Anforderung: Die
Gesamtleistung des Versicherers innerhalb eines Versicherungsjahres muss mindestens das
Doppelte dieser Deckungssummen betragen. Sofern ein Versicherungsschutz im
vorstehenden Sinne (noch) nicht besteht, ist eine Eigenerklärung des Bewerbers/der
Bewerbergemeinschaft ausreichend, wonach im Auftragsfall ein Versicherungsschutz im
vorstehenden Sinne erfolgen kann (§ 45 Abs. 4 Nr. 2 VgV) und unverzüglich zu erfolgen hat.
Der AG behält sich vor, vor Abschluss des Teilnahmewettbewerbs von den Bewerbern, die für
die Angebotsaufforderung vorgesehen sind, die Eigenerklärung durch eine entsprechende
Erklärung des Versicherers bestätigen zu lassen. Es sind keine Versicherungsbestätigung
oder Police unaufgefordert einzureichen. Allgemeine Angaben zur Eignung: Möglichkeit der
Bildung einer Bewerbergemeinschaft: In diesem Fall muss die Bewerbergemeinschaft mit
ihrem Teilnahmeantrag eine Bewerbergemeinschaftserklärung (§ 43VgV) einreichen. Wird
eine Bewerbergemeinschaft gebildet, müssen alle Mitglieder der Gemeinschaft die geforderten
Unterlagen einzeln beibringen, sofern nichts anderes ausgewiesen ist. Präqualifizierung:
Unternehmen, die in der Präqualifizierungsdatenbank AVPQ bzw. einer anderen für den

öffentlichen Auftraggeber kostenfreien Datenbank innerhalb der EU registriert sind, können dies bei Abgabe eines Teilnahmeantrags durch Angabe der Registrierungsnummer angeben. Sofern vom Auftraggeber mit dem Teilnahmeantrag Nachweise gefordert werden, die nicht in der v. g. Datenbank enthalten sind, sind diese ergänzend einzureichen. Einheitlich Europäische Eigenerklärung: Gilt als vorläufiger Nachweis der Eignung für die zu vergebene Leistung. Unteraufträge/Eignungsleihe: Ein Bewerber kann sich (auch als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft) zum Nachweis der Leistungsfähigkeit und Fachkunde anderer Unternehmen bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesem Unternehmen bestehenden Verbindung. Hierzu ist mit dem Teilnahmeantrag beizubringen: - Erklärung Unteraufträge/Eignungsleihe Ein Bewerber kann für einen bestimmten öffentlichen Auftrag im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle sowie die technische und berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch nehmen, wenn er nachweist, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er bspw. eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Hierzu ist mit dem Teilnahmeantrag z.B. beizubringen: - Verpflichtungserklärung. Unterauftragnehmer/Eignungsleiher: Der öffentliche Auftraggeber überprüft im Rahmen der Eignungsprüfung, ob die Unternehmen, deren Kapazitäten der Bewerber für die Erfüllung bestimmter Eignungskriterien in Anspruch nehmen will, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllen und ob Ausschlussgründe vorliegen. Nimmt der Bewerber im Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung entsprechend des Umfangs der Eignungsleihe haften. Sofern der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft beabsichtigt, Nachunternehmer zur Auftragsdurchführung einzusetzen, hat der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft anzugeben, welche Teile des Auftrags er/sie als Unterauftrag zu vergeben beabsichtigt (Nachunternehmererklärung). Der Bewerber/die Bewerbergemeinschaft, hat/ haben (wenn der Nachunternehmer bei Abgabe des Teilnahmeantrags noch nicht bekannt ist) auf gesondertes Anfordern durch den öffentlichen Auftraggeber die Nachunternehmer namentlich zu benennen und nachzuweisen, dass ihnen der jeweilig benannte Nachunternehmer für die Auftragsdurchführung zur Verfügung stehen wird. Dieser Nachweis ist z.B. durch Vorlage einer entsprechenden Verpflichtungserklärung des Nachunternehmers zu führen. Der Auftraggeber überprüft, ob Gründe für den Ausschluss des Nachunternehmers vorliegen. Im Rahmen der Eignungsprüfung des vorgesehenen Nachunternehmers sind auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers die folgenden Nachweise beizubringen: - Nachweis Befähigung zur Berufsausübung gem. § 75 Abs. 1 oder 3 VgV - Eigenerklärung zu den Ausschlussgründen nach §§ 123, 124 GWB - Eigenerklärung Selbstreinigungsmaßnahmen i.S. d. § 125 GWB (abzugeben, sofern einschlägig) - Berufshaftpflichtversicherung mit den Spezifikationen gem. o.g. Eignungskriterium - Gesamtumsatz in den letzten 3 Geschäftsjahren netto - Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen - Angabe zu geeigneten Referenzen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge. Die Anforderungen an die Vergleichbarkeit der Referenzen ergibt sich aus den Anforderungen der Ausschreibung. Die an die Eignung gestellten Mindestanforderungen gelten für die Nachunternehmer, die für die jeweiligen Teile des Auftrags vorgesehen sind, nicht. Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Ohne die Erfüllung der Mindestanforderungen wird der Bewerber/die Bewerbungsgemeinschaft vom weiteren Verfahren ausgeschlossen. Angabe technischer Fachkräfte: Angabe der technischen Fachkräfte oder der technischen Stellen, die im Zusammenhang mit der Leistungserbringung eingesetzt werden sollen. Es sind mindestens 4 technische Fachkräfte anzugeben (Mindestanforderung an die Eignung). Dieses Kriterium ist zugleich ein Auswahlkriterium, Gewichtungsfaktor 15. Angaben zu Referenzen von Leistungen mit vergleichbaren Planungsleistungen: Geeignete Referenzen der Bewerber aufgegliedert nach nachfolgenden Unterkriterien: o mind. 3 Referenzen Objektplanung Gebäude und Innenräume mit vergleichbaren (Planungs-) Anforderungen wie folgt: - wesentliche Grundleistungen mind. der LPH 2-8 erbracht; Fertigstellung LPH 8 in den letzten 5 Jahren - anrechenbare Kosten i.H.v. mind. 3,0 Mio. € netto - mind. durchschnittliche Planungsanforderungen HZ III - mind. Bezug zu denkmalgerechter Sanierung mit mehr als 500 m² BGF Diese Anforderungen sind Mindestanforderungen an die Eignung. Darüber hinaus können (ohne dass es sich um Mindestanforderungen an die Eignung handelt) zusätzliche Punkte erzielt werden durch geeignete Unternehmensreferenzen, die die o.g. Mindestanforderungen kumuliert erfüllen. Den Referenzen ist zwingend eine Referenzbeschreibung beizufügen. Dieses Kriterium ist zugleich ein Auswahlkriterium, Gewichtungsfaktor 70, aufgeteilt wie folgt: - Anzahl Referenzen Objektplanung Gebäude und Innenräume mit wesentlichen Grundleistungen mind. der LPH 2-8 erbracht; Fertigstellung LPH 8 in den letzten 5 Jahren (Gewichtungsfaktor 20) - Anzahl Referenzen Objektplanung Gebäude und Innenräume mit anrechenbaren Kosten i.H.v. mind. 3,0 Mio. € netto (Gewichtungsfaktor 10) - Anzahl Referenzen Objektplanung Gebäude und Innenräume mit mind. durchschnittlichen Planungsanforderungen HZ III (Gewichtungsfaktor 10) - Anzahl Referenzen Objektplanung Gebäude und Innenräume mit Bezug zu denkmalgerechter Sanierung mit mehr als 500 m² BGF (Gewichtungsfaktor 10) - Anzahl Referenzen Objektplanung Gebäude und Innenräume mit Kumulierung (Gewichtungsfaktor 20) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit: - Angabe, welche Teile des Auftrags das Unternehmen unter Umständen als Unteraufträge zu vergeben beabsichtigt. Im Falle einer Bewerbungsgemeinschaft ist die Unterlage durch die Bewerbungsgemeinschaft als solche einzureichen Sonstiges: - Eigenerklärung zu Tariftreue, Mindeststundenentgelt und Entgeltgleichheit (§ 11 TVergG LSA) - Eigenerklärung entsprechend dem BMWK-Rundschreiben vom 14.04.2022 über die Einhaltung der Sanktionen gegen die Russische Föderation (sog. "Russlanderklärung"). Im Falle einer Bewerbungsgemeinschaft ist die Unterlage von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft einzureichen. - Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen nach §§ 42 VgV i.V.m. §§ 123, 124 GWB Im Falle einer Bewerbungsgemeinschaft ist die Unterlage von jedem Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft einzureichen. Der Auftraggeber wird für denjenigen Bewerber, später Bieter, der für den Zuschlag in Betracht gezogen wird, gemäß § 6 Abs. 2 Nr. 2 des Wettbewerbsregistergesetzes (WRegG) eine Anfrage bei der Registerbehörde stellen. Der Auftraggeber behält sich zudem vor, eine Anfrage beim Tarifregister des Landes Sachsen-Anhalt beim Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung zu stellen (Auskunftsersuchen in Bezug auf § 11 TVergG LSA)

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Das Verfahren wird in mehreren aufeinanderfolgenden Phasen durchgeführt. In jeder Phase können einige Teilnehmer ausgeschlossen werden

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Persönliche Referenzen des Planers

Beschreibung: Persönliche Referenzen des Planers mit Unterkriterien

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: Ideenskizze "Leistungserbringung"

Beschreibung: Ideenskizze zu Projektablauf/ Kosten/ Terminen

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: Honorar

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.evergabe.de/unterlagen/54321-Tender-193251ea017-7b82cc78a1b5b28>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Verfahrensbedingungen:

Voraussichtliches Datum der Absendung der Aufforderungen zur Angebotseinreichung: 27/01/2025

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Zulässig

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe.de>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 07/01/2025 12:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Eine Nachforderung von Unterlagen wird im Rahmen des § 56 VgV durchgeführt werden.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Ja

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Erforderlich ist die Qualifikation des Auftragnehmers gem. § 75 Abs. 1-3 VgV.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt , 1., 2. und 3. Vergabekammer
Informationen über die Überprüfungsfristen: Nach § 160 Abs. 3 GWB gilt: (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Stadt Oebisfelde-Weferlingen

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Stadt Oebisfelde-Weferlingen

TED eSender: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

8. Organisationen

8.1. ORG-7001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Oebisfelde-Weferlingen

Registrierungsnummer: 00003868

Postanschrift: Oebisfelde, Theodor-Müller-Straße 16a

Stadt: Oebisfelde-Weferlingen

Postleitzahl: 39646

Land, Gliederung (NUTS): Börde (DEE07)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabe@stadt-oebisfelde-weferlingen.de

Telefon: +49 39002480541

Fax: +49 3900248010

Internetadresse: www.stadt-oebisfelde-weferlingen.de

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-7004

Offizielle Bezeichnung: Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt , 1., 2. und 3. Vergabekammer

Registrierungsnummer: t:03455141536
Postanschrift: Ernst-Kamieth-Straße 2
Stadt: Halle(Saale)
Postleitzahl: 06112
Land, Gliederung (NUTS): Halle (Saale), Kreisfreie Stadt (DEE02)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@lvwa.sachsen-anhalt.de
Telefon: +49 345 514 1529
Fax: +49 345 514 1115
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-7005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 6c8dd22a-fe6f-429f-8b29-7ce7d0c1a4ef - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 04/12/2024 11:28:34 (UTC+01:00)
Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 742811-2024
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 237/2024
Datum der Veröffentlichung: 05/12/2024